

5. Oktober 2018

*Replik auf den Artikel «Zürcher Regierung lehnt Selbstbestimmungsinitiative ab»
(Limmattaler Zeitung, 04.10.18)*

Der Kanton Zürich wäre besonders betroffen

Wie man in dieser Zeitung lesen konnte, engagiert sich der Zürcher Regierungsrat gegen die «Selbstbestimmungs»-Initiative (SBI). Dies, weil er «gewichtige Nachteile für den Hochschul- und Wirtschaftsstandort Zürich» sieht. Die Bedenken sind berechtigt – und ernst zu nehmen!

Der Kanton Zürich ist das wirtschaftliche Zentrum der Schweiz. Viele nationale und internationale Firmen sorgen hier für eine enorme Wertschöpfung, von der die ganze Bevölkerung profitiert.

Ob das auch künftig so sein wird, wird sich am 25. November zeigen. Dann nämlich entscheiden wir über die SBI. Eine Annahme der Vorlage hätte massive Folgen auf die Schweiz – und damit auch auf die Wirtschaftsregion Zürich. Die SBI gefährdet nämlich nicht nur viele aktuelle Staatsverträge – auch der Abschluss neuer internationaler Partnerschaften würde künftig viel schwieriger als heute.

Die Schweiz ist als Wirtschafts- und Bildungsstandort auch deshalb so erfolgreich, weil unsere Unternehmen und Hochschulen mit Partnern aus aller Welt zusammenarbeiten. Diese Beziehungen werden mit der SBI unnötig aufs Spiel gesetzt. Die Vorlage verdient ein klares Nein an der Urne. Zum Glück sieht das auch die Regierung so.

Andreas Geistlich
Kantonsrat FDP
Schlieren